



Dr. Ulrike Schneider
Mitglied des Stadtrats
Initiative ZUKUNFT/ödp

Krumme Gasse 30
97421 Schweinfurt

mobil 0173-6513177
rike.schneider@icloud.com

Schweinfurt, den 20. September 2024

Presseinformation

Keine Bebauung am Gottesberg! Initiative ZUKUNFT.ödp sieht das Aus für Bebauungspläne

Schweinfurt. Angesichts der Überschwemmungen in Teilen Bayerns und Baden Württembergs plädierte die Initiative ZUKUNFT.ödp zusammen mit den Sprechern der Bürgerinitiative Gottesberg von Anfang an dafür, von einer Bebauung des Gottesbergs Abstand zu nehmen. „Die innerstädtische Grünfläche am Gottesberg im Widerspruch zum Flächennutzungsplan durch große Wohnblöcke zu versiegeln, grenzt angesichts der zunehmenden klimatischen Extremwetterlagen an einen Schildbürgerstreich!“, so Dr. Ulrike Schneider, Vorsitzende der Initiative ZUKUNFT.ödp. Sie verweist auf zwei erst kürzlich erschienene Veröffentlichungen des Wasserwirtschaftsamtes und der Deutschen Umwelthilfe, die die Baupläne der Stadt ad absurdum führen.

Bauverbot am Marienbach

Jede Region in Bayern kann mittlerweile von Starkregenereignissen getroffen werden. Für den Marienbach hat zuletzt das Wasserwirtschaftsamt Bad Kissingen Überschwemmungsgebiete definiert. Das städtische Umweltamt hat daraufhin im Juli eine vorläufige Sicherung aussprechen müssen. „Die Ausweisung neuer Baugebiete am Gottesberg ist nun nach dem Baugesetzbuch untersagt. Entweder reden die betroffenen Referate nicht miteinander – oder der Investor und die Öffentlichkeit sollen bewusst getäuscht werden.“, so Dr. Michael Ramming, einer der beiden Sprecher der Bürgerinitiative am Gottesberg. Es sei gut aber eben auch peinlich, dass die Stadtverwaltung, die seit über zwei Jahren alle Warnungen und Fakten in den Wind schlägt, nun durch den Sachverstand aus Bad Kissingen eingebremst wird, so Ramming weiter.

Zu viel Beton in Schweinfurt

Mit einem [Versiegelungsgrad von 55 %](#) ist Schweinfurt gut beraten, seine Grünflächen auszuweiten statt zuzubetonieren, fordern die Vertreter der Initiativen mit Verweis auf die jüngst erschienene bundesweite Untersuchung der Deutschen Umwelthilfe. Hier hatte Schweinfurt einen der schlechtesten Plätze belegt. ([Die Mainpost berichtete.](#)) Die starke Versiegelung durch Straßen und Gebäude schützt vor allem die Schweinfurter im Zentrum der Stadt nicht ausreichend vor den extrem hohen Temperaturen als Folge der Klimakrise. Vor diesem Hintergrund dann ausgerechnet ein im Flächennutzungsplan als Kaltluftentstehungsgebiet ausgewiesenes Areal mit Wohnblöcken zu versiegeln, sei nicht nachvollziehbar. „Auch im Integrierten Klimaschutzkonzept der Stadt ist von Entsiegelung, nicht von Versiegelung die Rede,“ so der Sprecher der Bürgerinitiative, Dr. Wolfgang Rebstöck.

Baumzählaktion – Rückzug des Investors?

Nachdem die Stadt im Exposé nur sehr vage vom „wünschenswerten“ Erhalt des Baumbestands gesprochen hatte, hat die Bürgerinitiative Gottesberg aus Sorge jeden nennenswerten Baum auf dem Areal mit Hilfe des Bund Naturschutz kartiert und nummeriert, um den Baumbestand gegebenenfalls nachweisen zu können. Die Hoffnung der Initiativen, dass sich mittlerweile auch der Investor zurückgezogen haben könnte, wird durch die schon 28 Monate andauernden, bislang ergebnislosen Verhandlungen mit der Stadt genährt. Seit der Baumschutz auf dem Areal, auf Antrag von Stadträtin Ulrike Schneider hin, im zuständigen Fachausschuss diskutiert und zur Auflage gemacht worden sei, habe das Areal für einen potentiellen Käufer unweigerlich an Attraktivität eingebüßt.

Forderung an die Stadt

In wiederholten Anfragen der Bürgerinitiative an die Stadtverwaltung, wurde zuletzt an die nächste Tagung des Liegenschaftsausschusses am 28.11.2024 verwiesen. „Es werden dann zweieinhalb Jahre sein, dass das Grundstück hätte veräußert werden sollen und sechs Jahre, dass der Kunstrasenplatz gesperrt ist – Zeit, die man sinnvoll hätte nutzen können, um Schweinfurt fit für die Klimakrise zu machen.“, so Dr. Michael Ramming.

In den Augen der engagierten Bürger ist es nun an der Stadt, sämtliche Verkaufsbestrebungen einzustellen und das Areal endgültig der Natur und damit den Bürgern zu widmen. Das Hauptargument, das Lebensumfeld für die Bürger der Stadt Schweinfurt so lebenswert wie möglich zu erhalten, müsse endlich zu einem sichtbaren Leitfaden städtischen Handelns werden. Davon sei man leider noch weit entfernt: Mit dem umstrittenen Wegfall der Baumschutzverordnung, dem damit einhergehenden Ungleichgewicht zwischen gefälltten und nachgepflanzten Bäumen, der fehlenden Entsiegelung nennenswerter Flächen in der Innenstadt und der geplanten weiteren Flächenversiegelung agiere die Stadt nach wie vor viel zu wenig nachhaltig.

Wenn selbst der bayerische Ministerpräsident angesichts der Hochwasserkatastrophe zugeben musste, dass „wir uns dem Klimaschutz, aber auch der Klimaanpassung viel stärker widmen müssen“, dann wirkt die von seiner Partei geplante Flächenversiegelung ausgerechnet am Gottesberg wie eine Farce. Im Spannungsfeld möglicher Überschwemmungen und starker Hitzesommer plädieren die Initiativen für einen Neustart der Planung für diese innerstädtische Naherholungsfläche. Eine Entscheidung über die Rückabwicklung des mit Stimmen der CSU, der AfD und der Grünen gefassten Verkaufsbeschlusses wäre im November möglich.